

Die französische Armee

Industrie – Arbeitsmarkt – Entwicklungshilfe

Alfred Frisch*



Mit mehreren Broschüren gewährt das französische Verteidigungsministerium ungewohnt offene Einblicke in die Struktur seiner Ausgaben. Sie erhellen die wirtschaftliche Bedeutung der Armee ebenso wie die für Frankreichs Prestige unverzichtbaren Ausgaben für die atomare Abschreckung und die weltweite Präsenz.

In den letzten Monaten hat sich die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie immer stärker bemüht, die wirtschaftliche Bedeutung des Verteidigungs- und Rüstungswesens in das Bewusstsein der Politiker und vor allem der Bevölkerung zu rücken, und das nicht nur, um ihre hohen finanziellen Forderungen an den Staatshaushalt zu rechtfertigen. Die Franzosen sollen in ihrer Armee keine Belastung und noch weniger ein kostspieliges Spielzeug sehen, sondern über den reinen Verteidigungsauftrag hinaus einen wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums. Sie kann sich dabei auf die jüngsten Statistiken des Internationalen Instituts für Friedensforschung in Stockholm berufen. Danach stiegen die Verteidigungsausgaben 2005 insgesamt in der Welt um 3,4 Prozent auf 1 119 Milliarden Dollar und erreichten so in den letzten zehn Jahren ein Wachstum von 34 Prozent. 84 Prozent der Ausgaben entfallen auf 15 Länder, wobei die USA bei weitem an der Spitze stehen. Großbritannien, Frankreich, Japan und China folgen mit je 4 bis 5 Prozent.

In Abkehr von der lange üblichen Diskretion im Verteidigungsbereich will jetzt das französische Verteidigungsministerium mit offenen Karten spielen. So veröffentlichte es erstmals ein in viele Einzelheiten gehendes statistisches Jahrbuch über seinen Aktionsbereich. Ende 2005 ging den Abgeordneten der Nationalversammlung ferner ein

ausführlicher Bericht über die französischen Rüstungsexporte 2004 zu. Erwähnung verdienen außerdem eine Veröffentlichung über die Rolle der französischen Armee in der zivilen und militärischen Entwicklungspolitik sowie eine ebenso fundierte wie detaillierte Gegenüberstellung der französischen und der britischen Berufsarmee. Diese letzte, eher etwas ungewöhnliche Veröffentlichung ist ein Hinweis auf die von der Ministerin immer wieder unterstrichene Notwendigkeit einer möglichst weit reichenden europäischen Zusammenarbeit. Dass es dabei insbesondere auch auf die Kooperation mit den Briten ankommt, hat Paris seit Saint-Malo immer wieder deutlich gemacht, wenn auch niemand an der Seine die Tragweite der Bindung Londons an die USA unterschätzt und die mit anderen europäischen Partnern geknüpften Bande, zunächst mit Deutschland, aber zunehmend auch mit Italien und Spanien weit enger und in vieler Beziehung auch konkreter sind.

Hinter einer weiteren Veröffentlichung, einer Broschüre über die Rolle der französischen Armee bei der zivilen und militärischen Entwicklungshilfe, steht dann aber vor allem der Wunsch verständlich zu machen, dass Frankreich trotz aller finanzieller und sonstiger Schwierigkeiten sein internationales Gewicht bewahren und stärken möchte.

* Alfred Frisch ist Presse- und Rundfunkkorrespondent in Paris.

Steigende Ausgaben und Mannschaftsbestand

Seit 2000 bewegt sich der französische Verteidigungshaushalt (ohne Berücksichtigung der Renten) auf leicht aufsteigender Linie, um 2005 32,9 Milliarden Euro zu erreichen gegenüber 28,6 Milliarden im Jahr 2000. Die Ausgabenentwicklung im Einzelnen:

Tab. 1: Ausgabenentwicklung und -verteilung (in Mrd. Euro)

	2000	2005
Laufender Unterhalt, Übungen usw.	15,9	
Rüstungsausgaben einschl. Unterhalt des Materials	12,7	
Atomwaffen und Raketen	2,8	
Rüstungsproduktion	3,6	

Die Statistiken über die Rüstungsproduktion sind leider wenig zuverlässig. Es gibt keine klare Trennung zwischen dem Rüstungssektor privatwirtschaftlicher Unternehmen und deren ziviler Produktion. Der Umsatz der französischen Rüstungsindustrie erreichte nach den letzten verfügbaren Zahlen (2003) 14,3 Milliarden Euro. Davon gingen 28,2 Prozent in den Export. Nach der Statistik des Ministeriums sind in den letzten 15 Jahren bei den laufenden Preisen kaum Veränderungen zu beobachten. Die Käufe von „spezifisch militärischen“ Ausrüstungen durch das Verteidigungsministerium beliefen sich stets auf 9,96 Milliarden Euro und beanspruchten jeweils 32,7 Prozent des gesamten Haushalts. Mit einem Drittel dieses Betrags steht die Flugzeugsparte an der Spitze, gefolgt von der Rubrik „Waffen und Munition“ mit rund einem Viertel. Studien und Forschung beanspruchen nicht ganz 20 Prozent. Für die Marine verbleiben etwa 15 Prozent. Eine Sonderrubrik schließlich bilden die elektrischen und elektronischen Geräte sowie die Messgeräte mit einem Anteil von rund 9 Prozent.

Man erfährt in der Ministeriumsdokumentation außerdem, dass der Verteidigungshaushalt (ohne

Renten) zwischen 1995 und 2002 von 29,6 auf 26,6 Milliarden Euro abgesunken ist (in festen Preisen, Wert 1995), um in den drei folgenden Jahren wieder auf jeweils 28,8 Milliarden anzusteigen. Bei der Bewertung dieser Zahlen ist natürlich die Inflationsrate zu berücksichtigen, die in Frankreich in den letzten zehn Jahren global knapp unter 20 Prozent gelegen hat.

Trotz der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht glaubt das Verteidigungsministerium, direkt und indirekt weiterhin einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten zu können. Die letzten Wehrdienstpflichtigen erscheinen 2001 in der Statistik. 1990 waren es 250 000, 1997 noch 170 000. Die Zahl der Berufssoldaten bleibt zwischen 1990 und 1996 mit rund 300 000 stabil, um dann bis 2003 auf 347 000 anzusteigen. Die Zahl der vom Verteidigungsministerium beschäftigten Zivilisten fiel von 129 000 im Jahr 1990 auf 93 000 im Jahr 2002. In diesem Jahr wurde die Belegschaft der in ein staatliches Industrieunternehmen umgewandelten Marinearsenale aus der Armee ausgegliedert, so dass das Zivilistenkontingent 2003 weiter auf 82 000 absank. Insgesamt wurde der Arbeitsmarkt durch die Armee 2003 mit etwa 429 000 Arbeitsplätzen entlastet, etwa 250 000 weniger als 1990 und rund 90 000 weniger als 1998 beim Beginn des Übergangs zum Berufsheer.

Einzurechnen ist beim Mannschaftsbestand auch die überwiegend mit Polizei- und Sicherheitsfunktionen beauftragte Gendarmerie. Ihre Belegschaft belief sich 2003 auf 97 000 Mann und wurde inzwischen zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus weiter verstärkt. Die höchste Mannschaftsstärke hat weiterhin das Herr mit 130 000 Mann, gefolgt von der Luftwaffe mit 61 000, der Marine mit 46 000 und dem Verwaltungsapparat einschließlich einiger Sonderabteilungen mit 14 000 Mann. Die Armee zählt 40 000 Offizieren, 198 000 Unteroffiziere und 109 000 einfache Soldaten. Weitere Aufstockungen sind lediglich bei der Gendarmerie geplant. Sie soll bis 2008 um 7000 Stellen wachsen. Das weibliche Kontingent der Berufssoldaten beläuft sich auf 12,4 Prozent.

Seit Abschaffung der Wehrpflicht ist die Zahl der theoretisch mobilisierbaren Reservisten stark

gesunken. 1997 lag sie bei nur fast 700 000, im Jahr 2000 nur noch etwas über 400 000 (Spätere Zahlen sind nicht verfügbar.) Es herrscht die Meinung vor, dass nur ein schwer zu bestimmender, relativ geringer Teil dieser theoretischen Reservisten im Ernstfall einsetzbar wäre. Die Heeresverwaltung schätzte die tatsächlich einsetzbaren Reservisten Ende 2004 auf etwas über 50 000 Mann.

Verteidigungsausgaben im internationalen Vergleich

Das statistische Jahrbuch des Verteidigungsministeriums enthält nur sehr knappe Angaben über die nationale Rüstungsindustrie. An den wenigen genannten Gruppen hält der Staat immer noch einen bedeutenden Anteil, sofern sie nicht überhaupt noch mehrheitlich dem Staat gehören. Aufschlussreich sind jedoch einige internationale Vergleichszahlen, die sich auf Natonormen stützen:

Tab. 2: Verteidigungsbudget (in Mrd. Euro)

	2000	2004
Frankreich	26,6	29,1
Deutschland	24,2	22,9
Großbritannien	36,2	37,2
Spanien	8,1	9,9
Italien	14,5	12,5
USA	285,5	408,7

Tab. 3: Verteidigungsaufwand

	in Prozenten des Sozialprodukts in 2004 (ohne Pensionen)	pro Kopf der Bevölkerung
Frankreich	1,76	484
Deutschland	1,09	272
Großbritannien	2,19	626
Spanien	1,03	234
Italien	0,86	217
USA	3,84	1 384

Die fast 150 Seite starke Broschüre über die beiden Berufsarmeen in Frankreich und Großbritannien gleicht eher einem statischen Jahrbuch als einer vergleichenden Studie der Verteidigungssysteme. Der Gegenüberstellung der wesentlichen Daten sind aber immerhin zwei Seiten gewidmet, die einen gewissen Überblick ermöglichen.

Tab. 4: Berufsarmeen

	Frankreich	Großbritannien
Personalbestand	429 000	322 000
Militärs	350 000	297 000
Zivilisten	81 000	109 000
Frauen	circa 13 %	8,9 %
Offiziere	11 %	15 %
Unteroffiziere	knapp 200 000	47 000

Die eindrucksvollen bis überraschenden Differenzen erklären sich im Wesentlichen dadurch, dass etwa 100 000 Gendarme der französischen Armee zugerechnet werden, aber eher mit Polizeiaufgaben betraut sind und das Gesamtbild deshalb verzerren. Keine vergleichenden Angaben enthält die Broschüre zu Aufteilung der Haushaltsmittel auf die einzelnen Waffengattungen, insbesondere das Atompotential.

Internationales Prestigebedürfnis

Trotz seiner finanziellen Schwierigkeiten und des organisatorisch nicht einfachen Übergangs von der allgemeinen Wehrpflicht zur Berufsarmee hält Frankreich die Anwesenheit militärischer Kontingente in allen Teilen der Welt für notwendig, weil es meint, nur so seinen Anspruch auf eine weltpolitische Rolle untermauern zu können. Es sieht darin die Gewährleistung eines internationalen Prestiges, das seinem tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Gewicht nicht unbedingt entspricht. Die jüngste Veröffentlichung einer Broschüre über die Rolle der französischen Armee in der zivilen wie militärischen Kooperation be-

stättigt dieses Prestigedenken. Danach sind französische Militärkontingente an multilateralen Aktionen in fünf Staaten beteiligt von Haiti bis Tadschikistan über Bosnien, Kosovo und Afghanistan. Frankreich unterhält ferner ständige Truppenkontingente in sechs afrikanischen Staaten südlich der Sahara sowie in Djibouti, am Ausgang des Roten Meeres. Ergänzend beteiligt sich die französische Armee an internationalen Hilfsaktionen, zum Beispiel in Sumatra und Timor. Nach den letzten verfügbaren Statistiken stehen ferner in den überseeischen französischen Departements, Territorien oder Besitzungen loserer Art 17 200 Soldaten. Zusätzlich befinden sich – meist auf Grund von Kooperationsverträgen – 9 180 Mann in Afrika sowie im indischen Ozean und im Pazifik. Weitere 1500 Soldaten sind in einigen anderen afrikanischen Staaten offiziell nur vorübergehend stationiert. Praktisch handelt es sich aber um einen Dauerzustand. Schließlich stellt Frankreich für die genannten internationalen Missionen fast 5 000 Soldaten bereit. Insgesamt sind das fast 33 000 Soldaten und militärische Hilfskräfte, die für Frankreich weltweit im Einsatz sind.

Nicht wenige französische und internationale Beobachter stellen sich schon seit geraumer Zeit die Frage, wie lange sich das Land eine derartige Belastung einer besonders kostspieligen geographischen Streuung noch leisten kann. Es mangelt

nicht an Stimmen, die Frankreich eine stärkere Konzentration auf Europa nahe legen. Wahrscheinlich werden sich in absehbarer Zukunft finanzielle Zwänge in diesem Sinne bestimmend auswirken.

Die französische Verteidigungspolitik kann sich aber in jedem Fall auf einen erstaunlich breiten, nationalen Konsensus stützen. Nach den jüngsten Ergebnissen einer jährlichen Meinungsumfrage über die Einstellung der Bevölkerung zur Armee und ihren Aufgaben haben sich 87 Prozent der Befragten vorbehaltlos positiv geäußert, während 83 Prozent ihr unbedingtes Vertrauen in die Fähigkeit des Verteidigungssystems bekundeten, ihre Sicherheit zu gewährleisten. 61 Prozent bezeichneten die Atomstreitkraft als unentbehrlich. 2001 waren es nur 48 Prozent. Noch bemerkenswerter ist vielleicht, dass nunmehr 91 Prozent in einer gemeinsamen europäischen Verteidigung eine „gute Sache“ sehen, gegenüber noch 82 Prozent im Jahr 2001. Dies bedeutet, dass nur noch eine kleine Minderheit der äußersten Linken und der äußersten Rechten die gemeinsame europäische Verteidigung ablehnt. Billigung finden schließlich die militärischen Interventionen zur Aufrechterhaltung des Friedens (80 Prozent), im Dienste der Wahrung des Völkerrechts (77 Prozent) und für humanitäre Zwecke (91 Prozent).